

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 16

Artikel: Kritik an der Preis- und Finanzpolitik : "Kinderkrankheiten" sind für Erwachsene besonders gefährlich
Autor: Bunitsch, Pawel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093166>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Wirtschaftswissenschaftler Pawel Bunitsch

Kritik an der Preis- und Finanzpolitik

«Kinderkrankheiten» sind für Erwachsene besonders gefährlich

Um zur Marktwirtschaft überzugehen, muss man die verordneten Preise abschaffen, die einen Teil der Produzenten unnatürlich fördern, die anderen aber unnatürlich zugrunde richten. Könnte man Preisverhältnisse im Rahmen eines «gemeinsamen Kessels» so einrichten, dass sie für einige Waren durch den Preisabschlag für andere zunehmen, dann würde die Reform reibungslos vor sich gehen. Aber die Liberalisierung verlief unter «erschwerenden Umständen».

Wir hatten mehr Geld als Waren, weshalb die Preise kräftig in die Höhe stiegen, und dabei für alles zugleich. Die Preise sind so hoch gestiegen, dass der ganze Profit für Unkosten und Steuern ausgegeben wurde. Daraus resultierte der noch grössere Produktionsrückgang. Dafür gab es noch eine Ursache, nämlich keine neuen Wirtschaftsbande anstelle der zerstörten. Diese Aufgabe war um so schwieriger, als unter den Bedingungen des totalen Warenmangels alle nicht einen üblichen, sondern einen Barterpartner suchten: Weil man nämlich gegen Geld nichts kaufen konnte, kam es zum mehrstufigen, mühsamen Tauschhandel. Die Produktion nahm weiter ab, die Preise stiegen weiterhin.

Hat die Liberalisierung der Preise uns dem begehrten Ziel — der Marktwirtschaft — nähergebracht? Widerspiegeln nun die Preise endlich die wirkliche Warenqualität und die Nachfrage, oder sind sie noch immer künstlich geblieben?

Eine Illustration dazu: Der berüchtigte Tauschhandel, den unsere Wirtschaft zu Urzeiten trieb, stirbt jetzt den natürlichen Tod, und dies nicht nur wegen des Bargeldmangels, wie einige glauben. Der Rubel hat wieder eine gewisse Kaufkraft. Und das ist der Preisbefreiung zu verdanken: Wenn ein Produzent so viel Geld, wie er will, für seine Ware bekommt und die Ware eines anderen Produzenten kaufen kann, wozu braucht man dann den Tauschhandel? Die Freiheit der Preisbildung ist notwendig, wenn wir zum Markt kommen wollen. Aber wie kann man bei der Liberalisierung den wirtschaftlichen Rückschritt vermeiden, der uns in eine noch tiefere Krise hineintreibt?

Schon jetzt betreffen die Nichtzahlungen praktisch alle Betriebe und betragen insgesamt eine astronomische Summe von etwa 2 Trillionen Rubel.

Nach den Einschätzungen der Wirtschaftsspezialisten wird die Preiszunahme für das Jahr 1992 1200 Prozent betragen. Jeden Monat wird der Rubel um ein Drittel billiger werden. Eine der Hauptursachen dafür ist die Steigerung der Energiepreise. Wenn sie sich dem Weltmarktpreis nähern (d. h. 3- bis 3½-mal höher werden), entsteht die Hyperinflation. Sie wird auch durch die bevorstehende Einführung des einheitlichen Kurses des Rubels zum Dollar gefördert. Wenn früher Betriebe importierte Geräte, Stoffe und Ersatzteile zu einem künstlich niedrigen Kurs erhielten, so wird jetzt damit Schluss gemacht. Unsere Unternehmer müssen dann alles für ihre Produktion Notwendige zu einem höheren flexiblen Marktkurs kaufen. Das ruft eine heftige Verteuerung ihrer Produkte hervor.

Die Einkommen der Bevölkerung nehmen zweimal langsamer zu als die Preise. Darüber hinaus sind die Ersparnisse der Leute nicht viel wert. Um eine Explosion zu vermeiden, muss die Regierung viel Geld in die Bevölkerung «einspritzen». Dann werden Preise und Einkommen eine Weile parallel zueinander zunehmen. Besonders intensiv wird der «Gelddrucker» für Staatsangestellte arbeiten, die jetzt um 25 bis 30 Prozent weniger verdienen als die anderen. Aber es ist bekannt, dass die Preise desto schneller steigen, je grösser die Banknotenmasse wird. Die zu den Produktionskosten gehörenden Kreditzinsen nehmen zu. Es kommt die zweite Inflationswelle, dann die etwas kleinere dritte und so weiter bis zu deren Abklingen.

Wenn man auch zur Geldemission greifen muss, wäre das doch im Moment die beste Variante. Was die Produktion unter Verhältnissen der Inflation betrifft, gibt es auch hier einen Ausweg: Kredite und keine Angst vor dem Budgetdefizit. In der ganzen Welt ist die Kreditierung die Hauptquelle der Produktionsentwicklung. Bei uns betragen aber die Investitionen in die Produktion in diesem Jahr nur ein Viertel von 1990.

Wir haben noch vor kurzem gehofft, dass die von unseren demokratischen Umgestaltungen begeisterten westlichen Geschäftsleute mit Investitionen in unsere Wirtschaft sofort begännen. Sie sind bereit, ihre Kapitalien in unser Land einzuführen, warten aber auf Garantien der Unumkehrbarkeit der Marktverhältnisse. Sie müssen sicher sein, dass das «wirtschaftliche Wetter» bei uns stabil und günstig wird. Vorläufig zeigt das Barometer der russischen Wirtschaft mal «trübe», mal «sonnig». Heute kann eine Exportgebühr eingeführt werden, und die Ausfuhr der hier hergestellten Waren wird ungünstig. Morgen verabschiedet man noch irgendeinen Erlass, und alles bricht zusammen. Zivilisierte Geschäftsleute haben Angst vor unserer verknöcherten Bürokratie, vor Informationsmangel sowie vor der möglichen Verhinderung der Ausfuhr!

Übrigens wäre die Einfuhr der Produktionsinvestitionen sehr erwünscht und für die Wirtschaft des Landes belebend. Es würde das Problem des Fehlens eigener Kapitalien lösen, die Anzahl der Arbeitsplätze erhöhen und das «reine» Privatkapital schaffen. All dies geschieht nicht, bis in unserem Land das Eigentum unverletzlich und der Verkauf von Boden gestattet worden ist.

Das Eigentumsproblem ist eine verwundbare Stelle unserer heutigen Wirtschaft. Die Zukunft des ganzen Landes hängt vom Erfolg der Privatisierung ab. Wer wird was besitzen und wie? Wird das Privatisierungsprogramm die wirtschaftliche Entwicklung fördern oder zum Zünder einer Explosion werden? Im Privatisierungsprogramm gibt es Widersprüche, darunter auch ernsthafte. Einer davon besteht darin, dass das Privatisierungsprogramm für die 150 Mio Menschen zählende Bevölkerung Russlands nach dem sogenannten Restprinzip verlaufen wird, d. h. auf die persönlichen Konti der Mitarbeiter wird nur derjenige Restbetrag eines verkauften Betriebes überschrieben, der nach der Abschöpfung durch den Staat und andere noch übrigbleibt.

Kleinbetriebe werden verkauft, und deren Mitarbeiter werden eine sehr

bescheidene Entschädigung erhalten: 20 Mindestlöhne. Bei der heutigen fortschreitenden Inflation wird das schnell zu einer Null. Praktisch wird dieses Vermögen expropriert. Meiner Meinung nach behält der Staat mit etwa 40 Prozent der Betriebe unberechtigt viel Eigentum. So werden deren Mitarbeiter auf dem Trockenen sitzen: mit denselben Löhnen und auf das Staatsvermögen angewiesen.

Was mit den Pachtbetrieben, einem der gesündesten Glieder der jetzigen Wirtschaft, passiert, ist nicht klar. In dem bisher gültigen Pachtgesetz stand es schwarz auf weiss: Pachtbetriebe haben das Rückkaufsrecht. Einige haben ihre Betriebe schon zurückgekauft. Sie sind jetzt Eigentümer, und nichts soll sie bedrohen. Und was ist denn dann mit denjenigen zu tun, die den Rückkauf nicht doch noch schnell getätigt haben, weil sie nicht wussten, dass dies schon nach einem Jahr wieder verboten wird?

Die Pächter, die seit der Gründung ihrer Betriebe Grundfonds verdient haben und diese selbstverständlich für ihr Eigentum halten, sollen nicht verlieren.

Es befremdet mich auch, wie man Grundfonds der privatisierten Betriebe bewerten will: der Effektivität nach? Dann muss man aber den Profit von morgen wissen. Von wem und mit welchen Methoden wird dieser künftige Profit berechnet?

Die Privatisierung ist unbestritten notwendig. Aber wenn man das Privatisierungsprogramm nicht korrigiert, könnten die für Erwachsene besonders gefährlichen «Kinderkrankheiten» den Organismus so schwächen, dass keine «ärztliche Einmischung» mehr die Wirtschaft des Landes rettet. ■